Deutscher Bundestag **Drucksache 18/10977**

18. Wahlperiode 24.01.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Inge Höger, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Andrej Hunko, Katrin Kunert, Niema Movassat, Dr. Alexander S. Neu, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

zu der Beratung der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Inge Höger, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

– Drucksachen 18/7991, 18/10364 –

Erfahrungen aus 14 Jahren „Krieg gegen den Terror“ – Eine Bilanz in Irak, Afghanistan, Pakistan

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der sogenannte Krieg gegen den Terror ist gescheitert. Er hat viele Menschen das Leben gekostet und den Terror nicht besiegt, sondern nach Europa geholt.

Am 16. November 2001 beschloss der Deutsche Bundestag auf Antrag der von dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) geführten rot-grünen Bundesregierung die militärische Beteiligung an der Operation ENDURING FREEDOM (OEF). Damit zog die Bundeswehr in den von den USA nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 ausgerufenen „Krieg gegen den Terror“. Am 22. Dezember 2001 folgte der Beschluss über das Mandat zur Beteiligung der Bundeswehr an der NATO-geführten Mission ISAF (International Security Assistance Force) in Afghanistan.

Der sogenannte „Krieg gegen den Terror“ erfuhr im Laufe der Jahre erhebliche geographische Weiterungen. Am 20. März 2003 begann eine völkerrechtswidrige Intervention der USA, Großbritanniens und einer „Koalition der Willigen“ im Irak. Angebliche Kontakte des irakischen Diktators Saddam Hussein zu Terroristen, die am Terroranschlag vom 11. September 2001 beteiligt gewesen seien, und die falsche Behauptung, der Irak verfüge über chemische Massenvernichtungswaffen, lieferten die Begründung für den Angriff. Dieses Mal beteiligte sich die Bundesregierung nicht. Sie unterstützte den Krieg im Irak aber geheimdienstlich und logistisch.

Im Nord-Irak bewaffnet und berät die Bundeswehr die Armee der kurdischen Regionalregierung (Peschmerga) in ihrem Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat;

dies ungeachtet dessen, dass diese Regierung nicht mehr demokratisch legitimiert ist und im Zuge des Anti-Terror-Kampfs für Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht wird.

Am 4. Dezember 2015 beschlossen die Koalitionsfraktionen der CDU, CSU und SPD den Einsatz von bis zu 1200 Soldatinnen und Soldaten im Syrienkrieg – als Reaktion auf den unmenschlichen Terrorakt am 13. November 2015 in Paris, bei dem 130 Menschen ermordet wurden (Bundestagsdrucksache 18/6866). Die Täter waren nahezu ausschließlich französische und belgische Staatsbürger.

Zum sogenannten Krieg gegen den Terror gehören auch die Drohnenmorde. Durch das Drohnenprogramm der US-Regierung wurden nach Angaben der US-Regierung vom Juni 2016 allein in Pakistan, Jemen, Libyen und Somalia über 2500 „Kämpfer“ und 116 Zivilisten getötet. Im November 2016 bestätigte die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Schriftliche Frage (Plenarprotokoll 18/205), dass die Drohneneinsätze der USA über die US-Militärbasis Ramstein in Deutschland geplant, überwacht und ausgewertet werden. Damit unterstützt die Bundesregierung extralegale Tötungen.

Laut einer Studie der Ärzteorganisation IPPNW wurden im „Krieg gegen den Terror“ allein in Afghanistan mindestens 220.000 und in Pakistan 80.000 Menschen getötet. Im Irak wurden über 1 Million Menschen direkt getötet oder sind an den indirekten Kriegsfolgen gestorben. Die Bilanz der Kriege und militärischen Interventionen fällt erschütternd aus. Das zeigt auch die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE (18/7991).

Terrorismus

Der seit 15 Jahren mit Bomben und Drohnen geführte „Krieg gegen den Terror“ hat die bekämpften Gruppen wie Taliban und Al Kaida kaum geschwächt. Er hat Gesellschaften zerstört, westliche Angriffe auf Staaten und Individuen legitimiert, ganze Regionen weiter destabilisiert und Bürger- und Stellvertreterkriege hervorgerufen. Die absolute Mehrzahl der Opfer dieses Krieges sind keine „Terroristen“ sondern ganz normale Menschen. Auch die schrecklichen Attentate von Nizza, Paris und Brüssel sind ein Ergebnis des Anti-Terror-Kriegs, der die Spirale aus Krieg und Terror immer weiter vorantreibt. Im vergangenen Jahr wurden 2016 erstmals auch deutsche Städte zum Ziel von Attentätern. In Berlin verloren am 19.12.2016 zwölf Menschen bei einem Terroranschlag ihr Leben.

Afghanistan

Afghanistan wurde durch ISAF und die Nachfolgemission Resolute Support (RSM) nicht stabilisiert. Stattdessen kontrollieren die Taliban heute mehr Territorium als je seit 2001 und ein Ende des Krieges ist nicht absehbar. So kam es im Herbst 2016 zu Angriffen auf Militärbasen von Bundeswehr und US-Armee. Die Präsenz ausländischer Truppen mobilisiert den Widerstand der Taliban und legitimiert ihn in den Augen von Teilen der afghanischen Bevölkerung, auch wenn mittlerweile vor allem afghanische Zivilisten und Sicherheitskräfte zu Tode kommen, während die Opferzahl unter den Soldaten der NATO 2016 die niedrigste seit 2001 war. Dass die einheimische Bevölkerung den Preis für die westliche Invasionspolitik zahlt, ist auch ein Ergebnis der NATO-Strategie, die defacto die afghanischen Sicherheitskräfte zu ihren Hilfstruppen macht.

Im Jahr 2015 stellten 31.382 Menschen aus Afghanistan erstmalig einen Asylantrag in Deutschland. Das waren fünfmal so viele wie im Jahr 2001 (5.837). Die Bundesregierung bezeichnet in ihrer Antwort auf eine Große Anfrage der Linksfraktion (18/7991) nur 9 von 123 Distrikten (Stand 2015) als kontrollierbar. Die Anzahl der sicherheitsrelevanten Vorfälle von 2013-2015 lag bei 75.722.

Nach VN-Angaben wurden allein zwischen 2013 und 2016 über 19.000 afghanische Soldaten und 10.000 Zivilisten in den Auseinandersetzungen mit den Taliban getötet. Dennoch sollen bis zu 80.000 Afghaninnen und Afghanen aus der EU nach Afghanistan abgeschoben werden.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Ein Ausdruck der verzweifelten Situation in Afghanistan ist auch der Umstand, dass der Opiumkonsum erheblich angestiegen ist: Das International Narcotics Control Board ging 2012 von ca. 1,5 Millionen Opiumkonsumenten in Afghanistan aus (bei 32 Millionen Einwohnern).

Irak

Im Irak wurden von 2013-2015 über 12.500 Angehörige der irakischen Armee getötet. Angaben über die Opfer irakischer Zivilisten zeigen seit 2012 eine zunehmende Eskalation in diesem Land, mit 12.342 Toten im Jahr 2014. Der Großteil der irakischen Bevölkerung lebt in Regionen mit einer „ausreichend kontrollierbaren Sicherheitslage“, das ist weit entfernt von einem sicheren Leben. Irak ist einer der gefährlichsten Orte für Kinder weltweit. Der Zugang zu medizinischer Versorgung ist katastrophal (6,1 Fachpersonal/100.000 Menschen). Die geschätzte Zahl direkter Todesfälle durch Konflikte liegt bei 83,6 pro 100.000 Menschen (2011-2015). Vier von fünf Kindern sind Gewalt ausgesetzt. Tod durch gewaltsame Konflikte ist mit 6 Prozent die dritthäufigste Todesursache überhaupt.

Knapp 14 Jahre nach der völkerrechtswidrigen Invasion, der ein 12-jähriges Wirtschaftsembargo vorausgegangen war, ist der Irak nach wie vor instabil und droht auseinanderzubrechen. Im Nord-Irak bildet die Bundeswehr kurdische Peschmerga-Kämpfer aus, obgleich ihren Verbänden im Kampf gegen den IS schwere Menschenrechtsverstöße vorgeworfen werden und obgleich Teile der Führung der kurdischen Autonomieregion im Nord-Irak offen für die Abspaltung dieses Gebiets vom Irak eintreten.

Pakistan

In Pakistan ist die Anzahl der sicherheitsrelevanten Zwischenfälle in den letzten fünf Jahren ungebrochen angestiegen auf 2517 im Jahr 2015. Allein in den von der pakistanischen Regierung erfassten Jahren von 2011 bis 2015 stieg die Zahl der durch Gefechte um Leben gekommenen Menschen in Pakistan von 2161 auf 5334. Auch in Pakistan bleibt, wie auf allen Schauplätzen des „Kriegs gegen den Terror“ die wirtschaftliche und soziale Entwicklung weit hinter den Möglichkeiten zurück: Die Müttersterblichkeit schwankt zwischen 175 und 319 pro 100.000 Geburten (Durchschnitt Bundesrepublik: 5 pro 100.000).

Bei all dem ist auffällig, wie sich die Bundesregierung einer umfassenden wissenschaftlichen und politischen Bilanzierung von Anspruch und Resultaten dieser Interventionskriege, und damit auch einer Auswertung der Ergebnisse der Auslandseinsätze der Bundeswehr verweigert.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. jegliche Abschiebungen nach Afghanistan sofort zu stoppen;
2. den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan vorzubereiten;
3. die demokratischen und friedlichen zivilen Kräfte in Afghanistan zu stärken, insbesondere Frauenorganisationen, und den zivilen Aufbau zu fördern;
4. die Beratungs- und Ausstattungshilfe für die kurdischen Peschmerga einzustellen;
5. Ramstein als Relaisstation für US-Drohnenflüge und als Drehkreuz für die US-Luftwaffeneinsätze im Nahen und Mittleren Osten sowie Afrika sofort zu schließen;
6. das US-Drohenprogramm als völkerrechtliche extralegale Tötungen zu verurteilen und juristische Konsequenzen einzuleiten;

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

7. sich gegenüber den verbündeten Regierungen gegen die Regime-Change-Politik einzusetzen und sich nicht an militärischen Einsätzen mit dem Ziel des Regime-Change zu beteiligen;
8. sich national und international für eine Konversion der Rüstungspolitik einzusetzen, Forschung für Rüstungskonversion zu unterstützen und einen Konversionsfonds im Bundeshaushalt einzurichten;
9. sich dafür einzusetzen, dass auf deutscher und internationaler Ebene (VN, EU, OSZE) die humanitären, langfristigen Folgen von Militäreinsätzen inklusive der Opfer indirekter Kriegsfolgen kontinuierlich von unabhängigen Expertinnen überprüft und die Ergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Berlin, den 24. Januar 2017

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.